



HESSISCHER LANDTAG

17. 01. 2023

Kleine Anfrage

**Volker Richter (AfD), Arno Enners (AfD), Claudia Papst-Dippel (AfD),
Dimitri Schulz (AfD) und Frank Grobe (AfD) vom 20.12.2022**

Folgeanfrage zur den Beantwortungen der Kleinen Anfragen

**„Unterbringung unbegleiteter, minderjähriger Ausländer in Hessen“ – Drs. 20/367 -
und „Unterbringung unbegleiteter, minderjähriger Ausländer in Hessen in den Jahren
2019 - 2022“ – Drs. 20/9433**

und

Antwort

Minister für Soziales und Integration

Vorbemerkung Fragesteller:

Innerhalb der tabellarischen Fallzahlenaufstellungen aus der Anlage 1 der Drs. 20/367 wird zwischen „Inobhutnahmen“, „vorläufigen Inobhutnahmen“ und den Gesamtzahlen beider Rubriken differenziert, während in den tabellarischen Fallzahlenaufstellungen unter der Anlage 1 zur Drs. 20/9433 lediglich die Rubrik der „Inobhutnahmen“ angeführt wird. Demnach erscheint es als möglich, dass innerhalb der letztbenannten tabellarischen Fallzahlenaufstellungen die Anzahl der „vorläufigen Inobhutnahmen“ entweder von der darin verwendeten Rubrik der „Inobhutnahmen“ nicht mit umfasst, oder – eigentlich begriffswidrig – in diese Rubrik mit eingerechnet worden ist. Gemäß der Erläuterung, welche der Anlage 1 der Drs. 20/367 beigelegt ist, dürfte es aufgrund der darin genannten Umstände bei der Aufstellung der betreffenden tabellarischen Auflistungen zudem zu einer teilweisen doppelten oder mehrfachen Zählung der „in den Jahren 2014 und 2015 in Obhut genommenen“ bzw. „seit dem 01.11.2015 vorläufig in Obhut genommenen“ umA gekommen sein. Kann die „vorläufige Inobhutnahme“ i.S.d. 42a SGB VIII angesichts ihrer gesetzlichen Ausgestaltung in eine dauerhafte Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII einmünden, so erscheint es des Weiteren als nicht ausgeschlossen, dass von einer vorläufigen- und anschließenden, dauerhaften Inobhutnahme betroffene umA als Einzelpersonen zugleich in beiden Rubriken – „Inobhutnahmen“ und „vorläufige Inobhutnahmen“ – und somit doppelt innerhalb der tabellarischen Fallzahlenaufstellungen aus Anlage 1 der Drs. 20/367 erfasst sind. Im Anbetracht dieser Umstände ist nicht davon auszugehen, dass die tabellarischen Auflistungen aus den Anlagen 1 der eingangs bezeichneten Drs.en 20/367 und 20/9433 die tatsächliche Anzahl der umA abbilden, die in den betreffenden Zeiträumen im Land Hessen untergebracht worden sind.

Vorbemerkung Minister des Innern und für Sport:

Es ist zutreffend, dass bei der Jahresstatistik zu jugendhilferechtlichen Zuständigkeiten für umA eine Mehrfachzählung einzelner umA möglich und sogar wahrscheinlich ist. Hierauf wurde in der Beantwortung der Kleinen Anfrage mit der Drucksachennummer 20/367 hingewiesen. Eine andere, bereinigte Darstellung unter Berücksichtigung von Status- und Wohnortänderungen etc. ist auf Grundlage der der Landesregierung vorliegenden Daten nicht möglich. Eine Abfrage und Auswertung detaillierterer Daten auf kommunaler Ebene wäre mit unverhältnismäßigem Aufwand für die Kommunen verbunden gewesen, weswegen hierauf verzichtet wurde.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie viele umA sind – ungeachtet der Beantwortungen der eingangs bezeichneten Kleinen Anfragen und der diesbezüglich aufgezeigten Unwägbarkeiten – seit dem Jahr 2014 tatsächlich im Land Hessen untergebracht worden? Bitte – nach Möglichkeit – nach einzelnen Jahren des erfragten Zeitraums, sowie unter Nennung der Gesamtzahl sowie einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Hessen gesondert aufschlüsseln.

Um einen Dopplungseffekt in der Datenerhebung kategorisch auszuschließen, verweisen wir auf die stichtagsbezogene Bestandserhebung zur Gesamtzahl der umA in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit. Diese Erhebung inkludiert Daten der vorläufigen Inobhutnahme, der Inobhutnahme sowie der Anschlussleistung HzE (Hilfe zur Erziehung). Es wird auf die Anlage 1 verwiesen.

Frage 2. Sind von der Rubrik der „Inobhutnahmen“, welche innerhalb der Fallzahlenauflistungen der Anlage 1 zur Drs. 20/9433 angeführt wird, auch Fälle der „vorläufigen Inobhutnahmen“ mitumfasst?

Nein.

Frage 3. Sind angesichts der Möglichkeit, dass eine „vorläufige Inobhutnahme“ i.S.d. 42a SGB VIII in eine dauerhafte Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII einmünden kann, von einer vorläufigen und anschließenden dauerhaften Inobhutnahme betroffene umA als Einzelpersonen zugleich in beiden HMSI Rubriken – „Inobhutnahmen“ und „vorläufige Inobhutnahmen“ – und somit doppelt innerhalb der tabellarischen Fallzahlenauflistungen aus Anlage 1 der Drs. 20/367 – erfasst, und – falls ja – in welcher Anzahl?

Die Abfrage zur Beantwortung der KLA 20/367 erfolgte über die kommunalen Verbände bei allen hessischen Jugendämtern. Im Rahmen dieser externen Abfrage obliegt die Erfassung sowie Zuleitung der entsprechenden Daten der Verantwortung des jeweiligen Jugendamts. Da der Inobhutnahme nach § 42 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB VIII eine vorläufige Inobhutnahme nach § 42a SGB VIII regelhaft vorausgeschaltet ist, ist eine Dopplung systembedingt sehr wahrscheinlich und daher keineswegs auszuschließen. Die Höhe der Anzahl der tabellarisch doppelt aufgeführten Fallzahlen lässt sich mit den der Landesregierung vorliegenden Daten nicht zuverlässig ermitteln (siehe Vorbemerkung).

Frage 4. Wie vermag die hessische Landesregierung

- a) einerseits angeblich auszumachen, dass der „überwiegend hohe Anteil“ der einreisenden umA „unzweifelhaft“ minderjährig ist und die Jugendämter „nur in seltenen Fällen“ über einen erheblichen und begründeten Zweifel am festgestellten Alter eines umA berichten,
- b) wenn doch andererseits Informationen über die Anzahl der in den Jahren 2019 – 2022 durchgeführten medizinischen Altersbestimmungen aufgrund eines „aufwändige(n), händische(n) Verfahren(s) der Landkreise und Kommunen beim Generieren der Daten“ seitens der Landesregierung angeblich nicht vorliegen?

Die Landesregierung geht von den ihr vorliegenden Informationen aus. Die Art der Altersbestimmung wird nicht regelhaft landesweit statistisch erfasst, Zahlen hierzu liegen der Landesregierung deshalb nicht vor. Eine detaillierte Abfrage wäre mit unverhältnismäßigem Aufwand verbunden. Die Beantwortung beschränkte sich darauf, dass Jugendämter nur in seltenen Fällen über einen erheblichen und begründeten Zweifel am festgestellten Alter eines umA gegenüber der Landesregierung berichten und darüber hinaus keine Häufung der Problematik oder ein spezieller Handlungsbedarf an die Landesregierung herangetragen wurde.

Wiesbaden, 10. Januar 2023

Peter Beuth

Anlage

Kleine Anfrage 20/9721

Anlage 1

Summe aller jugendhilferechtlichen Zuständigkeiten (tagesaktuell)	Stichtag: 30.12.2016	Stichtag: 29.12.2017	Stichtag: 28.12.2018	Stichtag: 30.12.2019	Stichtag: 30.12.2020	Stichtag: 29.12.2021	Stichtag: 30.12.2022
Jugendamt							
Stadt Darmstadt	241	218	196	122	79	61	77
Stadt Frankfurt am Main	507	432	388	309	283	323	288
Stadt Kassel	325	340	359	188	136	116	196
Stadt Offenbach	9	9	10	5	3	3	18
Stadt Wiesbaden	192	144	131	80	48	49	105
Stadt Bad Homburg v.d.H.	77	73	65	47	36	31	37
Stadt Fulda	3	3	7	10	10	11	34
Stadt Gießen	159	89	82	60	81	102	285
Stadt Hanau	123	88	55	47	32	24	32
Stadt Marburg	116	111	93	73	57	43	56
Stadt Wetzlar	7	37	34	17	6	9	16
Stadt Rüsselsheim	94	82	66	55	32	32	62
LK Bergstraße	274	247	217	153	90	73	126
LK Darmstadt-Dieburg	249	216	161	105	67	61	104
LK Fulda	240	236	198	147	84	45	45
LK Gießen	143	115	91	61	40	30	40
LK Groß-Gerau	225	217	206	194	178	189	195
LK Hersfeld-Rotenburg	104	88	71	48	30	20	36
Hochtaunuskreis	253	186	77	49	38	29	49
LK Kassel	192	169	128	94	62	41	106
Lahn-Dill-Kreis	271	203	146	96	51	41	75
LK Limburg-Weilburg	135	124	77	54	30	31	55
Main-Kinzig-Kreis	400	277	270	139	76	60	84
Main-Taunus-Kreis	292	282	281	269	230	179	207
LK Marburg-Biedenkopf	158	142	109	59	31	14	40
Odenwaldkreis	50	48	35	27	14	12	13
LK Offenbach	301	292	200	137	93	79	115
Rheingau-Taunus-Kreis	182	160	154	127	96	85	86
Schwalm-Eder-Kreis	187	123	84	45	28	31	37
Vogelsbergkreis	111	101	80	54	25	16	31
LK Waldeck-Frankenberg	162	126	90	37	15	5	22
Werra-Meißner-Kreis	121	100	79	61	29	17	23
Wetteraukreis	260	206	185	117	67	56	78
	6.163	5.284	4.425	3.086	2.177	1.918	2.773

Kleine Anfrage 20/9433
Anlage 1

Inobhutnahmen 2019			
Gebietskörperschaften	2019		Gesamt
	männlich	weiblich	
Landkreis Bergstraße	6	2	8
Landkreis Darmstadt-Dieburg	1	1	2
Landkreis Groß-Gerau	10	2	12
Stadt Rüsselsheim	4	0	4
Hochtaunuskreis	0	0	0
Stadt Bad Homburg v.d.H.	2	0	2
Main-Kinzig-Kreis	3	1	4
Stadt Hanau	3	0	3
Main-Taunus-Kreis	12	4	16
Odenwaldkreis	1	0	1
Landkreis Offenbach	4	1	5
Rheingau-Taunus-Kreis	8	3	11
Wetteraukreis	3	1	4
Stadt Darmstadt	6	1	7
Stadt Frankfurt	21	6	27
Stadt Offenbach	0	0	0
Stadt Wiesbaden	5	3	8
Landkreis Gießen	1		1
Stadt Gießen	3	1	4
Lahn-Dill-Kreis	4	3	7
Stadt Wetzlar	0	0	0
Landkreis Limburg-Weilburg	3	0	3
Landkreis Marburg Biedenkopf	0	0	0
Stadt Marburg	2	1	3
Vogelsbergkreis	3	0	3
Landkreis Fulda	0	0	0
Stadt Fulda	3	0	3
Landkreis Hersfeld-Rotenburg	1	0	1
Landkreis Kassel	0	0	0
Schwalm-Eder-Kreis	4	1	5
Landkreis Waldeck-Frankenberg	0	0	0
Werra-Meißner-Kreis	0	0	0
Stadt Kassel	15	0	15
Summe	128	31	159
	159		

Inobhutnahmen 2020			
Gebietskörperschaften	2020		Gesamt
	männlich	weiblich	
Landkreis Bergstraße	9	1	10
Landkreis Darmstadt-Dieburg	8	2	10
Landkreis Groß-Gerau	26	0	26
Stadt Rüsselsheim	5	0	5
Hochtaunuskreis	0	0	0
Stadt Bad Homburg v.d.H.	0	1	1
Main-Kinzig-Kreis	7	4	11
Stadt Hanau	5	0	5
Main-Taunus-Kreis	18	5	23
Odenwaldkreis	1	0	1
Landkreis Offenbach	11	0	11
Rheingau-Taunus-Kreis	9	1	10
Wetteraukreis	8	0	8
Stadt Darmstadt	9	1	10
Stadt Frankfurt	23	5	28
Stadt Offenbach	0	0	0
Stadt Wiesbaden	7	3	10
Landkreis Gießen	3	3	6
Stadt Gießen	16	4	20
Lahn-Dill-Kreis	1	1	2
Stadt Wetzlar	1	1	2
Landkreis Limburg-Weilburg	2	0	2
Landkreis Marburg Biedenkopf	0	0	0
Stadt Marburg	1	0	1
Vogelsbergkreis	1	0	1
Landkreis Fulda	1	2	3
Stadt Fulda	0	1	1
Landkreis Hersfeld-Rotenburg	4	1	5
Landkreis Kassel	5	0	5
Schwalm-Eder-Kreis	0	0	0
Landkreis Waldeck-Frankenberg	1	0	1
Werra-Meißner-Kreis	1	0	1
Stadt Kassel	13	7	20
Summe	196	43	239
	239		

Inobhutnahmen 2021			
Gebietskörperschaften	2021		Gesamt
	männlich	weiblich	
Landkreis Bergstraße	12	1	13
Landkreis Darmstadt-Dieburg	15	4	19
Landkreis Groß-Gerau	39	2	41
Stadt Rüsselsheim	7	0	7
Hochtaunuskreis	0	0	0
Stadt Bad Homburg v.d.H.	5	0	5
Main-Kinzig-Kreis	10	2	12
Stadt Hanau	2	0	2
Main-Taunus-Kreis	32	7	39
Odenwaldkreis	2	1	3
Landkreis Offenbach	20	0	20
Rheingau-Taunus-Kreis	20	3	23
Wetteraukreis	14	0	14
Stadt Darmstadt	12	1	13
Stadt Frankfurt	45	3	48
Stadt Offenbach	0	0	0
Stadt Wiesbaden	14	2	16
Landkreis Gießen	3	1	4
Stadt Gießen	22	2	24
Lahn-Dill-Kreis	10	2	12
Stadt Wetzlar	1	2	3
Landkreis Limburg-Weilburg	11	1	12
Landkreis Marburg Biedenkopf	6	0	6
Stadt Marburg	9	1	10
Vogelsbergkreis	1	0	1
Landkreis Fulda	3	0	3
Stadt Fulda	1	1	2
Landkreis Hersfeld-Rotenburg	2	0	2
Landkreis Kassel	5	0	5
Schwalm-Eder-Kreis	9	0	9
Landkreis Waldeck-Frankenberg	4	0	4
Werra-Meißner-Kreis	7	0	7
Stadt Kassel	17	6	23
Summe	360	42	402
	402		

Die Statistik 2022 stellt den Stand zum 15.11.2022 dar.

Inobhutnahmen 2022			
Gebietskörperschaften	2022		Gesamt
	männlich	weiblich	
Landkreis Bergstraße	45	5	50
Landkreis Darmstadt-Dieburg	22	7	29
Landkreis Groß-Gerau	47	4	51
Stadt Rüsselsheim	30	0	30
Hochtaunuskreis	15	3	18
Stadt Bad Homburg v.d.H.	14	0	14
Main-Kinzig-Kreis	24	2	26
Stadt Hanau	10	1	11
Main-Taunus-Kreis	51	2	53
Odenwaldkreis	4	0	4
Landkreis Offenbach	37	1	38
Rheingau-Taunus-Kreis	15	4	19
Wetteraukreis	26	1	27
Stadt Darmstadt	15	4	19
Stadt Frankfurt	74	9	83
Stadt Offenbach	10	0	10
Stadt Wiesbaden	45	15	60
Landkreis Gießen	20	1	21
Stadt Gießen	89	2	91
Lahn-Dill-Kreis	28	5	33
Stadt Wetzlar	8	2	10
Landkreis Limburg-Weilburg	26	3	29
Landkreis Marburg Biedenkopf	20	2	22
Stadt Marburg	21	1	22
Vogelsbergkreis	10	1	11
Landkreis Fulda	12	0	12
Stadt Fulda	9	2	11
Landkreis Hersfeld-Rotenburg	14	0	14
Landkreis Kassel	36	26	62
Schwalm-Eder-Kreis	10	3	13
Landkreis Waldeck-Frankenberg	4	1	5
Werra-Meißner-Kreis	5	0	5
Stadt Kassel	50	17	67
Summe	846	124	970
	970		